ZEIT-Dossier: Pleitenwelle in Deutschland – die Macher versagen (Seiten 25–29)

dab Meister-Pils Dortmunder Actien-Brauerei

DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

Nr. 21 19. Mai 1978 33. Jahrgang. Preis 2,20 DM C 7451 C

dab Meister-Pils Dortmunder Actien-Brauerei

Den Draht nicht abreißen lassen

Breschnjew und der Rückversicherungsvertrag

Von Theo Sommer

Die Geschichte ist eine Fundgrube flotter Formeln, bloß passen sie nicht immer. Der Vergleich des neuen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens mit Bismarcks Rückversicherungsvertrag aus dem Jahr 1887, in der Umgebung des Bundeskanzlers im Schwange, ist als historische Analogie schief, als aktuelle Verständnisanleitung irreführend, als Zielvorstellung absurd. Dennoch aber, so paradox dies klingen mag, ist etwas an dem Begriff Rückversicherung.

Der Rückversicherungsvertrag war kein Sonderbund des Deutschen Reiches mit Rußland. Er war eingebunden in ein feingeflochtenes Netz von Verträgen, die allesamt dem Gleichgewicht zwischen den Mächten und damit der Erhaltung des Friedens dienen sollten: Rußland und das Deutsche Reich garantierten einander darin wohlwollende Neutralität, falls einer der beiden Staaten mit einem dritten in Krieg geriete, nicht jedoch in einem Angriffskrieg Rußlands gegen Österreich oder Deutschlands gegen Frankreich. Es war ein Vertrag unter zweien von fünf Gleichen im internationalen Mächtekonzert, die miteinander und gegeneinander durch vielerlei ähnliche Vertragsbindungen Kriege zu verhindern suchten, indem sie wider die ausgreifenden Interessen aller Staaten Dämme bauten.

Inzwischen ist die internationale Schlachtordnung, soweit sie auf Europa wirkt, zu biederer Bipolarität verschrumpft. Bismarcksche Balanceakte verbieten sich der Bundesrepublik, die längst ihre Entscheidung für den Westen getroffen hat. Kriegsverhinderung rührt nicht mehr aus der Ungewißheit über die Bündniszuordnungen der Staaten, sondern im Gegenteil aus der Gewißheit, an wessen Seite sie im Ernstfall zu finden wären. Im nuklearen Zeitalter hat sich die Essenz der Geheimdiplomatie des neunzehnten Jahrhunderts verflüchtigt: Heute muß Farbe bekannt werden, wo die Bismarcks, Gortschakows und Andrasssys noch finassieren durften.

Flanke für Videla

Im Jahre 1978 wäre es auch völlig undenkbar, aus Sorge über Truppenkonzentrationen in Rußlands westlichen Garnisonen den Sinn Moskaus einfach auf ferner gelegene Ziele zu orientieren — wie Bismarck dies tat, als er Moskau in einem „ganz geheimen Zusatzabkommen" zum Rückversicherungsvertrag freie Hand an den Dardanellen gewährte und den Zaren so geradezu zu einem Vorstoß ermunterte, der zum Zusammenstoß mit Österreich hätte führen müssen. Heutzutage wäre solch ein Ablenkungsmanöver — etwa ein Fingerzeig an die Sowjets, sich doch gefälligst in Afrika zu bedienen — nicht nur ein Bruch der Bündnisloyalität, sondern ein Schnitt ins eigene Fleisch. Die Entspannung in Europa kann langanhaltende Spannung in fernen Kontinenten nicht überdauern. Da gibt es kein Ablenken, Abwälzen, Abschalten.

Hinzu kommt, daß der Rückversicherungsvertrag Episode geblieben ist. Er hielt drei kurze Jahre; danach wurde er nicht verlängert — auch deswegen nahm Bismarck seinen Abschied. „Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen in vollem strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten", schrieb Wilhelm II., wüst übertrieben, in einem kaiserlichen Handbillett. „Es ist höchste Zeit, Gegenmaßnahmen zu treffen." Bismarck schmiedete daraus die Argumentationsachse seines Rücktrittsgesuches. Der Spott von Franz Josef Strauß ist verständlich: „Ich wünsche ehrlich, Herr Bundeskanzler, dem von Ihnen unterschriebenen Vertrag eine längere Lebensdauer und einen versöhnenden Abschluß — im Gegensatz zum deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag, auf den Sie sich hier vergleichend bezogen haben."

Gleichwohl hat der Begriff Rückversicherung in einem ganz anderen Verständnis auch in der gegenwärtigen Situation seinen Sinn — und dies aus drei Gründen.

Erstens: Die Entspannung in Mitteleuropa darf kein Jojo sein, abhängig von Stimmungen im Weißen Haus. Ein grundsätzlicher Sinneswandel im Kreml, neue Aggressivität Moskaus würden ihr den Garaus machen, gewiß; da bliebe uns auch nur Widerstand. Aber Schwächen, Überspitzungen, Anwandlungen eines neuen US-Präsidenten — den manche in Bonn ähnlich beurteilen mögen wie Bismarck einst Gladstone: „ein unpraktischer Faselhans, aber auch ein gewandter Heuchler" — dürfen sie nicht gefährden. Dafür ist der eigene Draht nach Moskau wichtig. Mit einer „Selbstfinnlandisierung" der Bundesrepublik, wie sie Carters Sicherheitsberater Brzezinski — schnell fertig mit dem Etikett wie stets — seit einiger Zeit auszumachen glaubt, hat dies nicht das geringste zu tun.

Zweitens: Es war nützlich, Breschnjew ein Papier mit nach Hause zu geben, das er im Kreml als Erfolg seiner Westpolitik ausstellen kann. Nur wenn die Entspannungspartei in Moskau Oberwasser hat, können die Befürworter einer weiteren Öffnung in den anderen osteuropäischen Hauptstädten, vor allem in Ostberlin, neue Initiativen wagen. Es kommt darauf an, die „russische Partei" in all diesen Hauptstädten in einer Geisteshaltung zu bestärken, die Regelungen zuläßt, welche in unserem ureigensten Interesse liegen. Das gilt auch für das Berlin-Problem: In Lautlosigkeit getauchte fundamentale Differenzen sind erträglich; von den Agitprop-Leuten hochgeputscht, müßten sie das ganze Ost-West-Verhältnis vergiften.

Drittens: Rückversicherung lag auch darin, daß Franz Josef Strauß — nicht zum ersten Male, wenngleich stärker als je zuvor — sich hinter die Politik des Ausgleichs gegenüber dem Osten stellte; mit Einschränkungen, wie sich das für einen alten Kämpen versteht, doch in hinlänglicher Eindeutigkeit. Augenmaß und Berechenbarkeit postulierte und garantierte er als Grundsatz westdeutscher Außenpolitik — auch wenn die Union die Regierung bilde. Helmut Kohl trat ebenfalls für Gespräche, für kontinuierlichen Dialog ein: „Wir sind bereit, die Sowjetunion als einen Partner zu betrachten, mit dem eine Zusammenarbeit in vielen Bereichen möglich und für beide Seiten von Vorteil ist."

Vielleicht treffen denn andere Bismarck-Worte besser als der Aufkleber „Rückversicherung". Das Wort zum Beispiel, Deutschland dürfe „den Draht nach Petersburg" nie abreißen lassen; oder die Abwandlung des Satzes, den der Reichskanzler über den Dreikaiserpakt sagte, auf die Entspannung: Man müsse hier „weiterspinnen, solange ein Faden daran ist".

Vom Saulus zum Paulus

Vereinsamtes Israel

Der US-Senat stimmt für das „Flugzeugpaket"

Von Ulrich Schiller

Washington, im Mai

Die *New York Times* nannte das Ergebnis eine „Wasserscheide", und obwohl viele Senatoren solcher Metaphorik heftig widersprachen, empfanden mehr als einer das Abstimmungsergebnis genauso: Mit 54 zu 44 Stimmen lehnte es der Senat am Montagabend ab, Präsident Carters „Flugzeugpaket" für den Nahen Osten — die von der Regierung miteinander verknüpfte Belieferung Israels, Ägyptens und Saudi-Arabiens mit modernen Hochleistungs-Kampfflugzeugen — zu blockieren. Zum ersten Male hat die Israel-Lobby im Kongreß eine Schlappe erlitten.

Darum geht es in erster Linie; nicht so sehr um den Verkauf von 60 ultramodernen Abfangjägern des Typs F-15 an Saudi-Arabien und von 50 älteren F-5e an Ägypten, der mit der Lieferung von 15 Maschinen vom Typ F-15 und 75 F-16-Jets an Israel verbunden ist. Der Graben verlief quer durch die beiden Parteien. Der Führer der republikanischen Minderheit, Senator Baker, stimmte für das Paket Carters. Der demokratische Senator Church, der im nächsten Jahr den Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuß übernehmen wird, stimmte dagegen, und selbst ein so loyaler Gefolgsmann wie Senator Kennedy ließ den Präsidenten im Stich. Doch am Ende blieb es dabei: Die Vorkämpfer der israelischen Interessen im Senat waren erstmals in der Minderheit.

Das ist einerseits darauf zurückzuführen, daß Begins Politik selbst unter den amerikanischen Juden nicht mehr einhellig gutgeheißen wird (siehe Guido Goldman: „Warum Israel Frieden machen sollte", Seite 9). Die Sicherung der Existenz Israels in den Grenzen von 1967 ist eines, die religiös motivierten Landnahme-Pläne Menachem Begins sind etwas völlig anderes. Die Interessen Israels, wenn sie überzogen definiert werden, decken sich nicht länger mit denen der Schutzmacht Amerika.

Nur deswegen konnte auch die saudiarabische Interessenvertretung, die zum ersten Male auf der politischen Szene Amerikas in Erscheinung getreten ist, einen Erfolg verbuchen. Rechtsanwalt Dutton, unter den Präsidenten Kennedy und Johnson Berater im Weißen Haus, setzte allen Kongreßmitgliedern in einer eindrucksvollen Broschüre auseinander, warum es möglich und sogar notwendig sei, daß Amerika parallel zu den Freundschaftsverpflichtungen gegenüber Israel gemäßigte arabische Staaten wie Saudiarabien und Ägypten militärisch und politisch unterstütze. Die Sicherung der Ölversorgung für Amerika und seine Verbündeten war eines seiner Argumente; das Gleichgewicht der Kräfte im Orient ein anderes; die Bedrohung strategisch wichtigen Gebietes am Roten Meer durch die sowjetisch-kubanischen Militäreinsätze am Horn von Afrika ein drittes. Einer der bewährtesten Freunde Israels im Senat, der Demokrat Ribikoff, argumentierte im gleichen Sinne, als er erklärte: „Ein starkes und sicheres Israel liegt in unserem nationalen Interesse. Aber militärisch, wirtschaftlich und diplomatisch starke Vereinigte Staaten sind auch im Interesse Israels."

Die Rede Ribikoffs vor dem Senat spiegelt den Wandel wider, der sich in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren vollzogen hat. Er begann mit der Ölkrise 1973, setzte sich fort nach der Friedensinitiative Sadats und wurde genährt durch die Zweifel an Begins Siedlungspolitik. Hinzu kam die Hoffnung, daß die Unterstützung einer dem Westen freundschaftlich verbundenen Macht wie Saudiarabien der Eindämmung des Kommunismus im Golf und am Horn nützen werde.

Unter dem Strich bleibt, daß Israel die Ausschließlichkeit seiner Sonderbeziehung zu Amerika und das Exklusivrecht auf den jeweils letzten Schrei an militärischer Technik eingebüßt hat. Carter gab sich keinen Triumphgefühlen hin. Gleichwohl hat das in seinem Sinne gefällte Votum über die Flugzeuglieferungen nach Nahost den orientalischen Horizont verwandelt. Weniger militärisch als psychologisch haben sich die Gewichte verschoben.

Moros Hinterbliebene

Das Rot der Terrorbrigaden ist mit dem Schwarz der Staatstrauer auch im unempfindlichsten politischen Farbsinn gemeinsam nicht unterzubringen. Diese Erfahrung hat jetzt die italienischen Kommunisten einen nicht geringen Preis gekostet: Über neun Prozentpunkte Stimmverluste — wenn auch nur bei Teil- und Gemeindewahlen — signalisieren, daß vielen ihrer Anhänger die Orientierung verlorenging, jedenfalls die dialektische, die nach des Vorsitzenden Berlinguers Rezept „revolutionär und konservativ" zugleich sein soll. Wer kann schon beides in seiner Brust vereinen, ohne nicht zumindest an einer seiner beiden Seelen Schaden zu leiden?

Die italienischen Christdemokraten, denen solche Pein selber nicht unbekannt ist, erlauben sich freilich kein Gefühl des Triumphes. Zu genau wissen sie, daß ihnen nicht eigene Tugend, sondern das Opfer Aldo Moros und die Furcht vor neuen Tragödien Zuwachs brachte. Ihre Notstandsallianz mit Berlinguer hat diese Wähler nicht abgeschreckt, sondern wohl eher darin bestärkt, der *Democrazia Cristiana* in diesem Bündnis Rückhalt — und Rückgrat zu verschaffen. Der überraschende Aufwind, den der Sozialist Craxi spürt (dank einer KP-verdrossenen Ultralinken?), kann die Polarisierung der beiden Großen, nicht aber ihre Kompromisse bremsen.

Friedlich wie nie, war der Wahlkampf ohnehin in der Kirchenbank zu Ende gegangen. Beim Requiem für Moro saßen sie alle, vom Kommunisten Berlinguer bis zum Neofaschisten Almirante, zusammen mit Vorsitzenden christlicher Parteien aus aller Welt. Der Papst selber kam, um Moros Geist für Italiens „brüderliche Einheit" zu beschwören. Kohl und Strauß ließen sich vertreten. Aus politischer Platzangst? *hjst.*

Die Daumen drücken

Zu den weniger beachteten Aktivposten in der amerikanischen Handelsbilanz gehörten bislang die Exporte von „nichtmilitärischen Mitteln zur Verbrechensbekämpfung". Ein findiger und fündiger Kongreßabgeordneter, Carters Parteifreund Donald Fraser, brachte jüngst an den Tag, welche Folterinstrumente unter diesem Etikett gehandelt werden: neben neumodischen Errungenschaften wie Elektroschock-Knüppeln auch so bewährte Zuchtmittel wie Fußeisen, diverse Fesselketten und — Daumenschrauben.

Die Empörung des Abgeordneten — „Ich finde es unerhört, daß solche mittelalterlichen Torturwerkzeuge überhaupt produziert, geschweige denn exportiert werden" — schlug sogleich in gesetzgeberischen Aktivismus um. Das Repräsentantenhaus verabschiedete jetzt einen Zusatz zum Wirtschaftshilfegesetz von 1978, der die Ausfuhr dieser US-Fabrikate an alle Regime verbietet, die „gröblich gegen die Menschenrechte verstoßen".

Die ehrbaren Demokratien dürfen aufatmen. Wer *nicht* (oder nur sanft) gegen die Menschenrechte verstößt, darf weiterhin Daumenschrauben *Made in USA* beziehen, um der Wahrheitsfindung Nachdruck zu verleihen. *jj*

An unsere Leser

Die nächste Ausgabe der ZEIT (Nr. 22) wird wegen Fronleichnam, der in einigen Bundesländern Feiertag ist, früher gedruckt und ausgeliefert. Sie erhalten sie bereits am Mittwoch, dem 24. Mai, an Ihrem Kiosk.

DIESE WOCHE

Politik	1—11
Politische Woche	8
Länderspiegel	12—14
Politisches Buch	15—16
Wirtschaft	17—32
Berufe	33—38
Feuilleton	41—46
Theaterspielplan	46
Literatur	46—47
Kritik und Information	48
Reise	49—54
Auto	53
Leserbriefe	55
Impressum	55, 59
Themen der Zeit	56
Wissenschaft	62
Modernes Lebens	57—64

3 **Europa - ein ausgebrannter Vulkan?**
Ralf Dahrendorf untersucht den Verfall der großen Visionen

17/18 **„Auch mit des Teufels Großmutter"**
Erika Martens und Heinz Michaels sprachen mit dem Vorsitzenden der IG Chemie, Karl Hauenschild

41 **Lüge, Wahrheit und Wahnsinn**
Dieter E. Zimmer über Fassbinders Festspielbeitrag für Cannes „Eine Reise ins Licht"

57 **Die Angst vor dem Mann**
Viola Roggenkamp: Immer mehr mißhandelte Frauen suchen Zuflucht in Frauenhäusern

Die wahre Veruschka

Zusammen mit dem Maler und Photographen Holger Trülzsch strebt das weltbekannte Modell eine neue Karriere an — mit Mimikry Dress Art

Eine Ohrfeige für Jimmy Carter

Ein Jahr ließen sie ihn auf seinen Prozeß warten. Die Hoffnung trog, daß die Sowjets unter dem Druck der Carterschen Menschenrechtsoffensive den Gründer der Moskauer Helsinki-Gruppe vorher freilassen und in den Westen abschieben würden. Am Pfingstmontag stellten sie den Atomphysiker und Bürgerrechtler Jurij Orlow vor Gericht, verschärften sogar noch die Anklage gegen ihn: Auf „antisowjetischer Propaganda und Agitation", so die sowjetamtliche Übersetzung für Menschenrechte, stehen sieben Jahre Haft und fünf Jahre Verbannung.

Weniger bekannte Dissidenten hatte dieses Los schon in den letzten Wochen ereilt; nun schützt nicht einmal Prominenz mehr vor Strafverfolgung. Nach Orlow werden wohl bald seine Freunde an der Reihe sein: der schwerkranke Schriftsteller Alexander Ginsburg, dem als „Wiederholungstäter" fünfzehn Jahre Haft drohen, und der jüdische Bürgerrechtler Anatolij Schtscharanskij, für den sich eben erst Präsident Carter in einem zweiten Brief an Leonid Breschnjew verwandt hat. Die Sowjets hätten Schtscharanskij gern gegen den Kanzleramts-Spion Guillaume oder andere Agenten ausgetauscht, ermutigt durch das amerikanische Eingeständnis, daß einer seiner Mitarbeiter zeitweilig der CIA zu Diensten war. Carters neuer Brief hat ihm womöglich mehr geschadet als genützt.

Wie wenig die Sowjets der Aufschrei des Westens kümmert, wie zynisch sie die moralische Komponente der amerikanischen Außenpolitik mißachten, demonstrierten sie im Probefall Orlow: Die Öffentlichkeit wurde ausgesperrt, dem britischen Anwalt die Einreise verweigert. Übermut einer durch nichts zu erschütternden Willkürherrschaft oder Zeichen der Angst vor der Ausbreitung demokratischer Ideale? Fest steht: Parallel zu den neuen sowjetisch-amerikanischen Entspannungsgesprächen und seit der mageren Ost-West-Konferenz in Belgrad ist die Verfolgung der sowjetischen Dissidenten brutaler geworden.

Den Gewissensgefangenen in den Lagern und Kerkern, den Verbannten in Sibirien, den freien Gewerkschaftlern in den Nervenkliniken bleibt in ihrem Elend einzig der Glaube an die unbezwingliche Idee der Freiheit. Ehe er abgeurteilt wurde, schleuderte der Ukrainer Mykola Rudenko, Mitglied von *amnesty international,* seinen Richtern den Satz entgegen: „Nichts vermag den Despotismus mehr zu zerrütten als das Gefängnis." Was Wunder, wenn Breschnjew das Wort Despot nicht hören mag. *kj.*